

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei beliebigem Postweg oder Befruchtung monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Straßbahn 2.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen.

Insoweit dieses die nachgehalt. Postverordnungen über deren Nummer 120 III., Bestimmungen des jetzigen Postgesetzes vom 25. Okt. 1911, über deren Nummer 10 Post-Verordnungen u. Verordnungen vom 1. Okt. 1911, insoweit für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein.

Informations-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 9768

STREIFITZ

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Monarchistischer Staatsstreich in Ungarn.

Die Konterrevolution in Ungarn.

Erzherzog Joseph als Träger der Gewalt. — Abhandlung des Ministeriums Feibel.

Budapest, 6. August.

Seute um 7 Uhr abends erschienen im Ministerpräsidentium General Schnerer, der Polizeioberinspektor Wolfenberg, der frühere Sekretär des Nationalrates Dr. Fröh und der gewesene Sektionschef im ungarischen Kriegsministerium Franz Seifery und forderten die eben zur Beratung versammelten Minister auf, abzudanken mit der Begründung, daß die Regierung nicht die Gesamtheit der Nation vertrete. Nach einer kurzen Beratung beschloß die Regierung zu demissionieren. Die Ententemission übertrug die oberste Gewalt Erzherzog Joseph, der den gewesenen Sektionschef im Kriegsministerium Stephan Friedrich zum Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Leitung des Ministeriums des Innern wurde General Tanczos, mit der Leitung des Kriegsministeriums General Schnerer betraut. In der Stadt herrscht Ruhe. Die Missionen der Ententemächte hielten abends eine gemeinsame Beratung ab, zu welcher auch Erzherzog Joseph und Ministerpräsident Friedrich zugezogen waren. Die Beratungen galten schwebenden Fragen, wobei alles Einvernehmen erzielt wurde. Der Präsident der Friedenskommission Clemenceau und die ausländischen Regierungen wurden von dem Ergebnis sofort verständigt. Innerwärts schnell hat die Entente ihre Taktik in Ungarn geändert. Nachdem sie anfangs nur den Rücktritt der Regierung und eine demokratische Regierung gefordert hatte, wirt sie jetzt die Maske ab und tritt, unter Beruf ihrer bisherigen Zusicherungen, offen als Bekämpferin der monarchistischen Konterrevolution in Ungarn auf.

Der Habsburger Erzherzog Joseph war immer Kandidat der gegen die Personalunion mit Oesterreich gerichteten ungarischen Reudalisten. Nach dem Willen jener extrem-nationalen Partei sollte Erzherzog Joseph entweder die Stefanskrone tragen oder zumindest der Regent Ungarns mit besonderen Vollmachten sein. Diese Bewegung erhoffte im Laufe des Krieges immer mehr und sie wäre noch unter den Habsburgern zum Siege gelangt, hätte nicht der Sturm der Ereignisse jenes schwer schuldige Geschlecht hinweggefegt. Erzherzog Joseph nunmehr von den Einmüßigen zum Regenten eingesetzt wurde, ist wohl nicht zuletzt Verdienst der mit großen Mitteln arbeitenden florentinischen Habsburger-Propaganda, deren Zentrale in der Schweiz ist.

Es mag sein, daß die oberste Gewalt, die dem Habsburger von den Generalen übertragen worden ist, zum Schein das Mäntelchen der Republik tragen, daß er sich Präsident, nicht König nennen wird. Doch wird der Name niemanden täuschen, am wenigsten das ungarische Volk selbst, das in den Stürmen der Revolution gelernt hat, seine Freiheit zu schätzen.

Ludwig Napoleon wurde am 20. Dezember 1848 zum Präsidenten der Republik Frankreich ernannt. Erst am 7. November 1852 nahm er die letzte Maske ab und legte sich den Kaiserstitel bei. Diese formelle Veränderung wird in Ungarn wohl schneller vor sich gehen; weit länger auch als die Monarchie wird die Herrlichkeit des Habsburgers sein. Die alten Monarchen sind im Bankrott, die neuen tragen bei ihrer Entstehung das Siegel des Untergangs auf der Stirn.

Die Kontrolle der Entente.

Haag, 7. August.

Paris wird gemeldet: Der Oberste alliierte Rat hat die österreichischen Gegenentwürfe erhalten. Diese werden zusammen mit der Antwort der Entente später veröffentlicht werden. Der Oberste alliierte Rat hat sich weiter mit der Lage in Ungarn beschäftigt und beabsichtigt, eine Kommission von Generalen zu ernennen, die in Budapest die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen zu kontrollieren haben wird. Es wird die Aufgabe dieser Kommission sein, dafür zu sorgen, daß die neue österreichische Regierung die Verpflichtungen, die der Waffenstillstand von Oesterreich-Ungarn erheischt, erfüllt, und daß auch diese dem innerhalb kurzer Zeit demobilisiert ist. So-

bald dies geschehen ist, werden die rumänischen Truppen Budapest wieder verlassen. Inzwischen wurde beschlossen, die Blockade Ungarns rückgängig zu machen.

Rumänische Plünderungen.

Wien, 6. August.

Die Abendblätter melden aus Budapest: Die planmäßigen Plünderungen der rumänischen Soldaten im Verein mit dem kurbapster Strogenpöbel begannen damit, daß wechsele Wägen und Kausen überfallen wurden. Sodann drang man in die Kasernen ein und raubte sie vollständig aus. Der Wert des aus dem Kommandantenschatz gekohlenen Gutes geht nach Millionen. Im nächsten Bezirk wurden vier Jährlinge gestohlen. Gewaltsamkeiten werden auch aus den Nachbarstädten gemeldet, so die Rumänen in Bistritza, Bistritza und Szeged, wo sie sich unter dem Schutz der Rumänen eine feste und funktionäre Stellung erobert, insofern deren es zu Revolution gegen die Juden kam, wobei die in der jüdischen Mensa akademica befindlichen Studenten häufig geschlagen wurden. Auch aus Weisungszetteln trafen demütigende Nachrichten über die Aufwiegelung der dortigen Bauern durch die Saggediner Regierung ein.

Versöhnungsmäßige Furchen.

Budapest, 6. August.

In Budapest wurde eine Kundmachung des Generals Radarecsu veröffentlicht, die besagt, daß die rumänische Armee nicht gegen die Bevölkerung kämpfe, sondern gegen jene Elemente, von der sie angegriffen worden sei. Der rumänische Soldat verbürge die Sicherheit des Vermögens und des Lebens des friedlichen Bürgertums.

Rumänische „Ordnung“.

Budapest, 7. August. (Meldung des Ung. Tel.-Büro.)

Infolge einer Weisung des rumänischen Militärkommandos fordert der Oberstabschef sämtliche ungarische Bauern auf als Zeichen der Wiederkehr des normalen Lebens (1) ihre Geschäfte offen zu halten; das Kommando der rumänischen Truppen habe Befugungen getroffen, daß Lebensmittel und öffentliche Bedarfsartikel in genügender Menge hierher gebracht würden, so daß in dieser Hinsicht die Lage sich innerhalb der aller kürzesten Zeit wesentlich bessern werde.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Budapest, 6. August. (Ungarisches Tel.-Büro.)

Das Blatt veröffentlicht eine Verordnung der Regierung der ungarischen Volksrepublik betreffend das Wahlrecht zur Nationalversammlung sowie zu den Municipal- und Gemeindevorstellungen. Wahlberechtigt ist jede männliche Person, die ihr 21. Lebensjahr vollendet hat und zumindest seit sechs Jahren ungarischer Staatsbürger ist und in irgendeiner vaterländischen Sprache des Volkes und Schreibens kundig ist. Jeder Wähler hat eine unmittelbare allgemeine Wahlberechtigung. Das Municipal- und Gemeindevahlrecht ist auch an eine halb-jährige Ortsangehörigkeit geknüpft.

Eine weitere Verordnung betrifft die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung. Diese Wahlen erfolgen auf Grund des Verhältnismäßigkeitsprinzips. Der Termin der Ausbreitung dieser Wahlen wird in einer besonderen Regierungsverordnung festgesetzt werden. Die verfassunggebende Nationalversammlung tritt am zehnten Tage nach dem Wahltag in Budapest zusammen. Die Zeit der Dauer ihrer Tätigkeit erstreckt sich auf zwei Jahre vom Tage des Zusammentritts an gerechnet.

Wiedereinstellung der alten Justizbeamten.

Budapest, 6. August. (Meld. d. Ung. Tel. Corr.-Büro.)

Entsprechend einer Verordnung des Ministeriums haben im ganzen Lande die von der Räteregierung zur Disposition gestellten Justizbeamten ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Japan und China.

U. N. Haag, 7. August.

Aus London wird gemeldet: Hier treffen Nachrichten aus Tokio ein, daß der japanische Minister des Innern Kishida eine Erklärung veröffentlicht hat, in der gesagt wird, daß Japan nicht die Absicht hat, irgendwelche Rechte, die den territorialen Status in China betreffen, geltend zu machen. Er verspricht die sofortige Zurücknahme der japanischen Truppen und das Einleiten von Verhandlungen über ein Abkommen mit China.

Wo bleibt die Demobilisierung?

Von militärischer Seite wird uns geschrieben:

In der Nr. 266 der „Freiheit“ wurde nachgewiesen, daß die jetzige Lage in Deutschland gar keine Berechtigung zur personellen Verstärkung der Truppe auf Grund der mobilen Bestimmung bietet. Noch weit weniger aber erfordern die jetzigen Umstände die materielle Ausrüstung der Truppe. Wie lange dauert denn das Kriegsministerium den mobilen Zustand der Truppe noch aufrechtzuerhalten? Damit begründet es diesen Zustand? Etwa durch die Notwendigkeit, die Forderungen der baltischen Staaten auszufüllen zu müssen? Dann gäbe das Kriegsministerium der eigenen Regierung eine gehörige Abfuhr. Oder will es die mobile Truppe dazu benutzen, um doch noch einen Schlag gegen Polen zu unternehmen? Dann würde es die Regierung auf das schamlose bloßstellen. Die Regierung hat hoch den Friedensvertrag feierlich anerkannt. Soll gegen die Offiziere an der Ostfront, die Polen können und jederzeit angegriffen, darauf müssen wir gerüstet sein, Polen hat aber den Friedensvertrag ebenfalls feierlich anerkannt. Da keine Verhandlungen zwischen den Grenztruppen herbeiführen doch nicht dazu, die gesamte bewaffnete Macht des deutschen Reiches im mobilen Zustand zu erhalten.

Oder hält das Kriegsministerium die Mobilisierung der gesamten Heeresmacht für begründet, um irgendeinen Streit mit Rußland, Konstantinopel, Persien, Griechenland und Sandgründen unterdrücken zu können? Das wäre die größte Bankrotterklärung der Reichs-Garde. Bis jetzt haben mit Ausnahme von Straßenputzen in den ersten Wochen der durch die Revolution hervorgerufenen allgemeinen Aufregung die Arbeiter auch nicht die geringste Veranlassung dazu gegeben, daß mit großen mobilen Truppenverbänden gegen sie vorgegangen werden müßte.

Wo bleibt die Nationalversammlung, um einmal eine Anfrage nach dem Zeitpunkt der Demobilisierung zu stellen? Sind die Milliarden, die die mobil gebaltene Truppe dem Reiche kostet, eine derartige Anfrage nicht wert? Die Parteien der Rechten rechnen doch sonst jeden Groschen den Arbeitarräten nach und schreien über Verschwendung der Gelder; aber die Milliarden, die auf diese Weise verköstet werden, zum großen Teil im Interesse der Offiziere — namentlich der höheren — finden keine Beachtung. Auf der einen Seite wird demobil gemacht und hier wirt die Demobilisierung gerade diejenigen Kategorien, die die Vorteile des mobilen Zustandes am ersten gebrauchen könnten, die Kriegsschädigten und die Kriegsgefangenen. Hier wird getradet. Auf der anderen Seite aber werden die Gelder für die Freiwilligenverbände in unverantwortlicher Weise verköstet.

Die materielle Ausrüstung der mobilen Freiwilligenverbände besteht zunächst in der Verpflegung. Im Kriege hat die bessere Verpflegung der Truppe ihre volle Berechtigung. Die Kostengrungen, die da von jedem einzelnen verlangt werden, erfordern, daß der Körper bei Kräfte erhalten wird, ganz abgesehen davon, daß im Kriege die Verpflegung an den einen Tage mangelt ausfällt und dafür der Soldat an anderen Tage etwas zusehen haben muß. Wo kommt das augenblicklich wohl her? Das Kriegsministerium wolle uns doch möglichst einmal erläutern, worin die Kostengrungen und Entbehrungen der mobilen Truppe augenblicklich bestehen! Es ist noch nie von den Truppen und in der Truppe so wenig getan worden wie augenblicklich. Oder kann uns das Kriegsministerium Aufklärung darüber geben, welcher gewaltige Dienst augenblicklich zu bewältigen ist? Was aber die bessere Verpflegung der Truppe in der heutigen Zeit an Mehrkosten erfordert, das bedarf keiner näheren Erläuterung. Welche große Härte und Ungerechtigkeit der wirklich hartarbeitenden Bevölkerung, den Frauen und Kindern gegenüber in dieser Bevorzugung der unbeschäftigten Soldaten liegt, bietet jeder Beschäftigte. Ganz abgesehen davon, daß die Belieferung der Truppe zu allerhand Schwierigkeiten mit dem teilweise überflüssigen Rohmaterial Heranführung gibt. Was gebrauchten die höheren Offiziere mit ihren riesigen mobilen Begleitern auch noch mit den nur zu unerschwinglichen Preisen zu beschaffenden Lebensmitteln besetzt zu werden? Mit dieser vollständig ungerechtfertigten Bevorzugung muß endlich aufgeräumt werden, Herr Reichswehrminister!

Die mobile Truppe ist nun aber auch noch mit Material ausgerüstet, das jetzt nicht nur nutzlos, sondern dessen Kosten für die allgemeine Volkswirtschaft höher ist

Künftig ist. Wozu gebrauchen die Truppen die ungenügende vielen Fahrzeuge? Nur zum Bewegen der Pferde? „Ja“ — wird das Kriegsministerium sagen — „die Truppe muß gerüstet sein, um bei etwaigen Streifs jederzeit an jeden Ort geworfen werden zu können.“ Aus dem Grunde der Streifgefahr müßte also die gesamte Streitmacht des Deutschen Reiches für unabsehbare Zeit in mobilem Zustand verbleiben. Denn bei dem Schreckensszenario, mit dem die heutige Regierung die die Streifgefahr befechtende Sozialisierung betreibt, werden Streifs noch auf lange nicht ausbleiben.

Oder glaubt die Regierung etwa, daß die Hebergabe der abzutretenden Gebiete im Osten sich nicht ohne Kämpfe der Truppen durchführen wird lassen? Damit würde sich die Regierung für die ordnungsmäßige Hebergabe ein Armutszeugnis für ihre Kraft und Organisationsgabe fonderalisch ausstellen. Wieviel Fahrzeuge und wieviel Pferde könnten auf diese Weise der notleidenden Landwirtschaft zugeführt werden!

Wie reich ist außerdem die Ausrüstung der Stäbe und Truppen mit Kraftfahrzeugen! Jeder Stab bis zu den Regimentsstäben obwärts verfügt über Personenkraftwagen, so daß jeder junge Offizier hier in Berlin den Kraftwagen zu den einfachsten Gängen benutzt, die mit der Elektrischen ebenfalls erledigt werden könnten. Man sieht in den Personenkraftwagen fast nur jüngere Offiziere ihre jedenfalls äußerst wichtigen Aufträge zur Ausführung bringen. Auch militärische Personenkraftwagen kann man genug sehen, in denen Offiziere mit Damen fahren, die also auch zu Privatwägen benutzt werden. Wieviel kostbarer Brennstoff könnte erspart werden, der jetzt so schwer zu beschaffen ist! Und könnten die Personenkraftwagen nicht besser der allgemeinen Benutzung zugeführt werden? Eine kleine Anfrage in der Nationalversammlung würde feststellen, daß noch Hunderte von militärischen Personenkraftwagen unnötig in Benutzung sind. Welche Ersparnisse könnten da nicht im Interesse der Steuerzahler gemacht werden!

Aber mit dieser materiellen Ausrüstung der Truppe an sich ist es ja noch nicht abgetan. Zu den mobilgemachten höheren Verbänden gehören auch noch Aufstellungen, als ob noch eine vordere Kampffront mit Munition- und anderen Ausrüstungsbedürfnissen wie Material für Unterstände, Stabsbedarf, Lebensmittel usw. zu versorgen wäre. Welche Unsummen werden durch die Auffassung und Unterhaltung dieser Formationen verschlungen, und wie wird die Allgemeinheit durch Vorenthaltung solcher Fahrzeuge und von Betriebsmitteln auf diese Weise geschädigt!

Am Kräfte ist eine Geheimhaltung der Ausrüstung der mobilen Truppe gekoten. Aber da wir nicht mehr im Kriege sind, lohnt sich wohl eine kleine Anfrage in der ungenügend tätigen Nationalversammlung über die Kriegsgliederung der mobilen Truppen und den Offizier- und Mannschaftsbestand der Truppen. Wann soll denn endlich eine den Friedensverhältnissen entsprechende Gliederung der Truppe eintreten? Warum wird diese Gliederung nicht bekanntgemacht? Sollen durch die Geheimhaltung eines Streifs verhindert werden?

Es wird mirlich Zeit, Herr Reichswehrminister, daß wir zum Frieden gelangen, der von Ihnen durch die Gebaltung der Truppe im mobilen Zustand noch nicht anerkannt wird.

Oder wollen Sie, und die Regierung sich dem aussetzen, daß die Entente schließlich die Demobilisierung der deutschen Streitkräfte selbst durchführt?

Internationale Sozialistenkonferenz.

Buzen, 6. August.

Die öffentlichen Verhandlungen der Internationalen Sozialistenkonferenz haben heute vormittag wieder begonnen, obgleich die Kommission II (Internationale Politik) ihre Beratungen noch nicht vollständig beendet hat. Die „D. A. Z.“ berichtet darüber: Heute morgen wurde zunächst der neue Statutenentwurf der Internationale besprochen. Wiegen (Holland) referierte für die Kommission. Diese schlägt folgende neue Einteilung für die Statuten vor:

Die Internationale baut sich auf folgenden Grund-sätzen auf:

1. Auf der politischen und wirtschaftlichen Organisation der Arbeiterklassen zur Bekämpfung der kapitalistischen Weltwirtschaft, auf der Sicherung der völligen Befreiung der Menschheit durch die Eroberung der politischen Macht und der Sozialisierung der Produktion und Produktionsmittel.
2. Auf der internationalen Einheit und Aktion für die Organisation des wahren Völkerverbandes, der der Wunsch der Völker sein wird, und der bei dem Kampf gegen den Chauvinismus und Imperialismus und für die allgemeine und gleichzeitige Abschaffung des Militarismus und des Regimes der Ausbeutung sie unterstützen wird, um den Weltfrieden zu sichern.
3. Die Internationale verteidigt die Interessen der unterdrückten Völker und Rassen. Dieser Punkt ist auf Wunsch der Vertreter von Belgien aufgenommen worden.
4. Zur Erreichung dieser Ziele dienen der Arbeiterorganisation drei Einrichtungen, von denen eine jede auf einer anderen Entwicklungsstufe steht und ihre besonderen Aufgaben erfüllt: die politische, die gewerkschaftliche und die gewerkschaftliche Organisation. Diese verschiedenen Organisationen müssen als autonome Körperlichkeiten weiter bestanden sein, deren Einfluß in den verschiedenen Ländern immer mehr zur Geltung zu bringen. Da diese Organisationen denselben Ziele zustreben und jede eine Erzielung der einen großen Bewegung darstellt, darf keine Gelegenheit verkannt werden, sie einander zu nähern, um gemeinsam für die Erhaltung des Friedens zu wirken.

Wiegen empfahl ferner im Namen der Kommission, daß eine Konferenz von parlamentarischen sozialistischen Vertretern und parlamentarischen Arbeitergruppen gleichzeitig mit dem großen Kongress organisiert werden soll, um eine ständige Kommission der parlamentarischen sozialistischen und Arbeitergruppen zu bilden und um die Frage zu prüfen, wie eine gemeinschaftliche Aktion zwischen den parlamentarischen Parteien in den einzelnen Ländern am besten durch den Austausch von Nachrichten entwickelt werden kann.

Erbsen (Deutschland, Unabhängig) bricht als erster in der Nachmittags-Sitzung. Die Unabhängigen Sozialdemokraten vermissen in den Statuten ein offenes Bekenntnis zum Klassenkampf im revolutionären Geist. Es muß zum Ausdruck kommen, daß die Internationale ein Mittel zur Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse ist. Es fehlt das Bekenntnis der Diktatur des

Proletariats als Mittel dazu. Die Diktatur ist der notwendige Übergang zur wahren Demokratie. Erbsen vermißt auch die Anerkennung der Arbeiterorganisation. Erbsen muß gesagt werden, daß die Beschlüsse der neuen Internationale unbedingt für alle Länder und Parteien maßgebend sein müssen.

Mikael (Frankreich) schlägt namens der französischen Delegation Änderungen, meist reaktionärer Natur, zu den Statuten vor. Man braucht sich vor dem Wort Revolution nicht zu scheuen, da Revolution nicht gleichbedeutend mit Gewalt ist.

Kellenbaur (Deutschland, Unabhängig) bringt Mißtrau-Veränderungen im allgemeinen zu. Er glaubt nicht, daß man es heute schon mit den neuen Statuten der Arbeiterklasse aller Länder wagen kann. Wichtiger als die Wichtigkeit des Programms ist auch nach Kellenbaur Meinung die Einigung des Internationalen. Die der Berliner Friedensvertrag eine Kriegserklärung des imperialistischen Kapitalismus gegen das Proletariat aller Länder ist, so muß sich auch das Proletariat der ganzen Welt dagegen zusammenschließen und seine Weisung von jeglicher Unterdrückung herköcheln.

De Brondère (Belgien) bekämpft verschiedene Ausdrücke in den Statuten, die der bolschewistischen Auffassung entgegenstehen könnten. Die zweite Internationale muß bleiben, was sie ist, ein Klassenkampf auf dem Boden der Demokratie. Wir wollen keine bolschewistische Bürokratie schaffen. De Brondère wird von Mikael, der bestritt, daß seine Vor schläge bolschewistische Tendenzen enthalten, wiederholt unterbrochen.

Rufschewsky (Ungarn) bittet die Internationale um ihre Unterstützung für die Befreiung der kleinen Nationen.

Grossard (Frankreich, Unabhängig) erklärt kurz, daß die französische Arbeiterbewegung die Frage von Demokratie und Diktatur nicht in der einseitigen Art, wie es De Brondère tut, behandeln wollen. Die Internationale darf nicht von Anfang an die bolschewistischen Tendenzen bestricken. Wenn die französischen Arbeiterbewegungen zwischen Kollé und Lenin zu wählen hätten, so würden sie Lenin wählen.

Wiegen antwortet als Vorsitzender auf die verschiedenen Vorschläge und besonders auf die Mikael's, indem er betont, daß der Sozialismus nicht von 1910 auf 1900 gemacht werden kann. Er muß sich in den einzelnen Ländern der Entwicklung anpassen. Eine internationale Kontrolle der nationalen Bewegung ist durch die Statuten vorgesehen. Die Arbeiterbewegung braucht nicht ausdrücklich genannt zu werden. Zum Schluß wendet sich Wiegen noch an Mikael, der das Wort Menschheit durch das Wort Proletariat ersetzen will. Er fragt ihn, warum Jaurès sein Wort „Humanität“ genannt hat. Der Sozialismus bedeutet die Befreiung der ganzen Menschheit und nicht des Proletariats allein.

Jouhaug über die Gewerkschaftsinternationale.

Berlin, 6. August.

Der Generalsekretär des Allgemeinen Arbeiterverbandes, Jouhaug, bezieht in einem Leitartikel im „Deutschen“ den internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam. Die französische Delegation habe sich in Amsterdam einer klugen Situation gegenüber befunden, denn sie habe die Mittel in ihren Händen zwischen Engländern und Deutschen. Ihre Aufgabe sei es gewesen, den wahren internationalen Geist zu betonen und eine neue lebendige Internationale zu schaffen. Jouhaug glaubt, die Verhandlungen hätten trotzdem der arbeitenden Klasse genutzt, denn die neue Internationale werde ein Element der Einheit und des Friedens, so daß es ihr möglich sein werde, in Säule der französischen Gewerkschaftler auf einem Grund von Wertschätzung eine wahre Weltgemeinschaft zu machen, in der die organisierte Arbeit den ihr gebührenden Platz einnehmen müsse.

Eine Irreführung.

Selbst auf die Gefahr hin, daß uns der „Vorwärts“ zum tausendsten Male der Bestimmungswortwandschaft mit den Aldeutschen beschuldigt, müssen wir feststellen, daß die „Deutsche Zeitung“ mit einer Anweh gegen das führende Organ der Rechtssozialisten nicht ganz unrecht hat. Der „Vorwärts“ hatte nämlich gestern abend behauptet, daß die Rede gegen Erzberger von den kapitalistischen Kreisen ausgehe, die in ihm den Vertreter der neuen direkten Steuer-vorlage befechtigen wollen. Das Blatt schrieb:

Es soll der Mann umgingt und mit dem Genickfang bedacht werden, der den Mut hat, die Unpopulartät der neuen Steuer-vorlagen auf sich zu nehmen. Die Kapitalisten stützen von allen Seiten herbei, um mit dem Regierungstabe Erzbergers ihren Besitz vor dem drohenden großen Abbruch zu retten.

Unter diesem Gesichtspunkt und nur unter diesem ist das Redefreien zu verstehen. Matthias Erzberger war einstmalig wie seine jetzigen Feinde ein Sozialist. Wenn er damals sein Wahlleit ritt, wurde er gefeiert und gepriesen von derselben Meute, die ihn heute umstellt und erschlagen will. Erzberger trägt, heißt für seine Gegner die Steuer-vorlagen verteideln oder sie doch so stark abschwächen, daß sie dem Besitzenden nicht mehr besonders wehe tun.

Deshalb alle Mannen aufgebieten, alle Kraft zusammenzuziehen! Es geht um ein hohes Ziel: die Heimkehr wollen sich vor der Vergeltung erheben, wie sie sich vor dem Waffendienst gedrückt haben. In die Kammern mit dem Sozialisten Erzberger!

Es ist eine Dummheit des „Vorwärts“, in dieser Weise die Verteidigung Erzbergers zu betreiben, denn selbst politische Kenntnis müßte das Blatt doch bei den Aldeutschen, selbst wenn man sie noch so gering einschätzt, voraussetzen, daß sie bei einem Sturz Erzbergers vom kapitalistischen Standpunkt aus nur ein schlechtes Geschäft machen könnten. Noch geringere Opfer können den besitzenden Klassen nicht auferlegt werden, als sie ihnen Herr Erzberger zugehört hat. Sein Fall würde also für die Kapitalisten keineswegs einen Erfolg bedeuten.

Eine Irreführung der Öffentlichkeit ist außerdem noch die Behauptung des „Vorwärts“, daß der Besitz von einem großen Ackerloß bedroht sei. Wir haben schon wiederholt ausgeführt, daß die besitzenden Kreise aufgezogen haben, als sie von den Steuer-vorlagen Erzbergers hörten. Die Kapitalisten hatten sich allerdings auf einen wirklichen Abbruch eingerichtet. Was ihnen jetzt aber zugehört ist, das wird noch nicht einmal ihre Haut rühren. Mit Still-schweigen geht der „Vorwärts“ an den indirekten Steuer-vorlagen vorüber, die gleichfalls den Namen Erzbergers tragen. Von den vielen Eingelagungen, mit denen die Lebensbedürfnisse der breiten Massen belegt werden sollen, abgesehen, ist noch eine sprachenlose Umwälzung auf alles, was verkauft wird, selbst auf die notwendigen Roh-werksstoffe ausgedehnt worden. Sollte dies ungeheuer-

liche Gesetz werden, so verschwandenes mues dahinter, was man den kapitalistischen Kreisen zumutet.

Der „Vorwärts“ wird schon so freundlich sein müssen, im Kampfe gegen die Aldeutschen bessere Waffen zu schnür-en und nicht auf die Unwissenheit und Einfachsichtigkeit seiner Leser zu spekulieren!

Der Friedensvertrag im Sommer 1917.

Es liegt jetzt ein ausführlicher Bericht über die Aus-führungen des englischen Unterstaatssekretärs Garm-
worth auf die Anfrage im Unterhaus vor, ob die Initiative zu dem Verständigungsvertrag im Sommer 1917 von England oder von Deutschland ausgegangen sei. Garm-
worth hat folgendes gesagt:

Am 21. August 1917 erhielt der britische Gesandte beim Vatikan Instruktionen dahingehend, den Kardinalstaatssekretär dahin zu unterrichten, daß die britische Regierung nicht sagen könne, welche Antwort in gegebenen Falle auf die Friedensvor-schläge des Papstes erteilt würden, denn sie hätte ihre Allianzen noch nicht bestragen können, und daß es für alle Fälle unnötig er-scheine, die Durchführung eines Abkommens zwischen den krieg-führenden Mächten zu suchen, bevor die Zentralmächte einige Angaben über die Ziele, zu denen Er-
reichung sie den Krieg fortsetzen, gegeben hätten. In seiner Antwort (schränkte Gasparri das Aktionsfeld ein und teilte mit, daß die deutsche Regierung ihre Absicht kundgeben ließ, die Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen, indem sie sich auf die Realis im Reichstag zugunsten eines annexionslosen Friedens stütze. Der Vertreter Englands meinte, daß die britische Regierung keinen authentischen Text dieses Dokuments be-
weises übrigens nicht genüge. Denn der Reichstag habe seine Vollmacht, über diesen Punkt zu entscheiden.

In den weiteren Auseinandersetzungen zwischen Kar-dinal Gasparri und der britischen Regierung erklärte diese, daß es ungewöhnlich sei, sich in fragmentale Diskussionen hineinzulassen zu lassen, und daß die Zentralmächte, wenn sie zu Verhandlungen bereit seien, ihre Friedensbedingungen im einzelnen bekanntgeben sollten. Die deutsche Regierung habe keine Erklärung über Belgien abgegeben. Die bri-tische Regierung habe kein Friedensangebot gemacht, aber sie sei bereit gewesen, jeden aufrichtigen Vorschlag zur Durch-führung des Friedens zu prüfen, den sie von der deutschen Regierung hätte empfangen können.

Es geht aus dieser Darlegung hervor, daß die Fried-dankmöglichkeiten im Sommer 1917 nicht an England, son-
dern an Deutschland gescheitert sind. Hätte die deutsche Regie-rung durch die Abgabe der Erklärung, sie würde Belgien vollständig räumen und wiederherstellen lassen, die erste Absicht kundgegeben, zu einem Frieden der Verständigung zu kommen, dann würde sich England ohne Zweifel bereit gefunden haben, die Verhandlungen fortzusetzen. Man kann es begreifen, daß die britische Regierung auf die Resolution der Reichstagsparteien bei der kläglichen Rolle, die der Reichs-tag spielte, nichts gegeben hat.

Die Zerlegung in der S. P. D.

Wir erhalten noch nachträglich aus rechtssozialistischen Kreisen einen Bericht über die Versammlung der S. P. D. Ver-trauensleute, Arbeitsräte und Parteifunktionäre vom 21. Juli. Der Bericht ist uns im Auftrage von M. Vertrauensleuten der S. P. D. zugegangen, die sich von ihren Führern schmächtig be-werten fühlen, und beklagt, daß die Verrohung eines Teils dieser „Arbeitsführer“ schon soweit gegangen ist, daß sie, als die Zer-bastierung des Gewerkschaftsverbandes Versuch in der Versammlung zur Sprache kam, in schallendes Gelächter und Händelschlagen ausbrachen.

Die Versammlung selbst begann mit einem Vortrag des Ge-nährungsministers Schmidt über die Kriegs- und Friedenspolitik der S. P. D. in dem er in der ihm eigenen demagogischen Weise die Schuld an den jetzigen Mißverhältnissen der U. S. P. zugewiesen veruchte. Nach Schluß des Referats wurde, anscheinend von einem Geschobenen, beantragt, keine Diskussion zu-
zulassen. Nachdem auf den Protest der Opposition mit knapper Majorität die Diskussion beschlossen worden war, übte K. A. S. in einer aber nur für zehn Minuten zugestanden Rede eine außerordentlich scharfe Kritik an dem Verhalten der Partei beim Friedensschluß von Erz-Altowitz und an Herz v. d. G. fallenden arbeitereindlichen Politik nach Ausdruck der Revolution. Dabei stießen ihn die anwesenden Gewerkschaftsbeamten in eine beschreiblicher Weise durch Andau, ebenso wie sie den zweiten Diskussionsredner herunterstießen. Überhaupt, so sagt der Bericht, scheint eine oppositionelle Meinungsäußerung in den Funktionärversammlungen der S. P. D. unmöglich zu sein, da diese Demokraten jeden Gegner niederdrücken.

Dann referierte Prosal, der Vorsitzende des neuen großen Vollzugsrats der S. P. D. Arbeiterräte, über die Gründe des Austritts aus dem Berliner Vollzugsrat. Schon vor Beginn der Funktionärversammlung wurden die Arbeiterräte vom Voll-
vorstand Krüger in der bei diesem gewissen Demagogen be-
kannten Weise bearbeitet, so daß trotz des Bestehens der so-
amnesten Funktionäre keiner der Arbeiterräte nach dem Referat Prosal das Wort ergiff. Die Rede Prosal's war nur eine sehr mäßiger Art gegen die U. S. P. D. und A. P. D. Ein Programm oder Richtlinien, wie er die Arbeiterklasse vertreten will, scheint bei ihm überhaupt nicht zu bestehen. Das einzig Sachliche in seinen Ausführungen war die Ablehnung jeder Politik in der Kampfmethoden. Dafür griff er aber wieder Krüger in der schamhaftesten Weise vorwärts an. Zum Schluß verteidigte der Gewerkschaftsbeamte die Politik die Demingationen, die ein Arbeiter der Schwarzkopff-Weise anlässlich der Januar-
unruhen verübt hat!

Dieser Bericht, der das wachsende Mißtrauen der rechts-sozialistischen Arbeiter gegen ihre Führer zeigt, schließt mit den Worten: „Zurück zum Sozialismus, ihr Funktionäre der S. P. D. Groß-Berlin!“ — Wir glauben allerdings noch den bisherigen Erfahrungen nicht, daß sie diesem Rufe Folge leisten werden.

Am Ausbau des französischen Handelsflotte verhandelt der Minister für öffentliche Arbeiten einen Kredit von 1000 Millionen Francs. Die französische Handelsflotte soll auf 5 Millionen Booten vergrößert werden. Die Bootenflotte der fran-zösischen Handelsflotte hat 1914 241000 Tonnen betragen, während des Krieges hat sie sich um mehr als 100000 Tonnen vermindert.

Der Kaiserprozeß. Im Unterhaus sagte in Erwiderung einer Anfrage von P. von L., die Allierten hätten ihren Teil der des Prozeßes gegen den früheren Kaiser in Venedig nicht geändert, doch könne kein Verfahren eingeleitet werden, bevor der Friedensvertrag ratifiziert worden ist.

Ökonomische Alphabeten.

Man das unerbittliche Maß der Bemüherkeit dazu verw...

In einigen kritischen Bemerkungen, die der 'Vorwärts' einem...

Arbeitsvermittlung für Reichswehrangehörige.

Dem Verband der inaktiven Unteroffiziere wird und ge...

Dem Verband inaktiver Unteroffiziere und Mannschaften...

Es ist weiter unübersehbar, daß Büttow sich die Geistes...

Die europäische Kohlennot.

H. N. Ossa, 7. August. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste alliierte Rat hat...

Die Streikbewegung in England.

Die Regierung über den Polizeistreik. London, 6. August. (Mentel.) Unterhaus...

Der Eisenbahnstreik wächst. — Großer Väterstreik.

Der Eisenbahnstreik nimmt Londoner Meldungen zufolge...

Außerdem, 7. August. Der Telegraf meldet aus London: Die streikenden Po...

Streifenbahnverfehr und der anderen Gemeinbedarfer noch...

Die Streikbewegung in der Schweiz.

Basel, 6. August. (Meldung der Schweiz. Dep.-Agentur.)...

Massenverhaftungen in Triest.

In Triest wurden über 400 organisierte Arbeiter ver...

Deutsches Kupferwerk in Amerika. Das 'New York' wird...

Die Wahlen in Moskau. Der französische Kommer...

Die Pension nicht vergessen! Die altpreußischen Blätter...

Wegen der Stilllegung von Werkbetrieben will die Regierung...

Eine deutsche Arbeitslosenkommission ist in Berlin gebildet...

Der Postverkehr Frankreich mit Deutschland ist nach einer...

Der schwedische Reichstag wurde am Montag mit einer...

Verbandsstag der Buchbinder.

Wiesbaden, 5. August. Die Abänderungsanträge zur Wahl von...

Die Abänderungsanträge zur Wahl von Verbandsange...

Die namentliche Abstimmung ergab 48 für, 40 dagegen bei...

Eintrittswahl wurde auf Antrag Drückner-Verlin be...

Ein anderer Antrag, der besagt, daß den 2. Akt seien 50...

Nach einstimmigem Beschluß sollen die 3000 Mitglieder eines...

Ein Antrag wird von der Regierung gefordert die so...

Ein Antrag den sich der Verband von Berlin nach Ham...

Bei den Wahlen zum Verbandsvorstand wurden dem Vor...

Zum Schluß nahm Häbel im Namen der Opposition das...

Gewerkschaftliches.

Tarifverhandlungen in der Metallindustrie.

Die dreitägigen Verhandlungen zwischen dem Verband der...

Streik im Münchener Versicherungsgewerbe.

Die Angestellten von 22 Münchener Pensions-General...

Die Rollage der Unterbeamten.

Die Soziale Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten...

Die Ausbeuter der Kraftwagenarbeiterinnen.

Die Herren Kraftwagenfabrikanten haben sich endlich zu...

Die wirtschaftliche Verbindung deutscher Kraftwagenfabrikanten.

Die wirtschaftliche Verbindung deutscher Kraftwagenfabrikanten...

Die im Verbands der Bureauangestellten organisierten Ange...

Die im Verbands der Bureauangestellten organisierten Ange...

